

2063/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2055/J betreffend Exportoffensive der österreichischen Bundesregierung, welche die Abgeordneten Ing. Nußbaumer und Kollegen am 27.2.1997 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:-

Im Rahmen der Förderinstrumente des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten wird in erster Linie das Ziel verfolgt, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen (insbesondere Klein- und Mittelbetrieben) zu stärken und damit auch ihre Position auf internationalen Märkten.

Eine wesentliche Maßnahme zur Steigerung der Ausfuhr und zur Verbesserung der Exportquote ist auch die Ansiedlung neuer bzw. die Erweiterung bestehender Betriebe mit exportintensiver Fertigung.

Das gelingt jedoch nur dann, wenn den Unternehmen ein in jeder Hinsicht attraktiver Standort geboten wird.

Die österreichische Wirtschaftspolitik hat bereits in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen beschlossen bzw. eingeleitet, die unser Land - trotz der relativ hohen Lohnkosten - zu einem der attraktivsten Standorte in Europa gemacht haben:

- zwei unternehmerfreundliche Steuerreformen
- eine attraktive Wirtschaftsförderung (EU-Fördergelder)
- hohe Investitionen in die Infrastruktur
- mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten
- Vereinfachung/Beschleunigung der Behördenverfahren im Gewerbe-, Bau-, Umwelt-, Wasser- und Abfallrecht.

Durch diese Maßnahmen und der schlagkräftigen Betriebsansiedlungsgesellschaft "Austrian Business Agency" - sie ressortiert seit 30.6.1996 zum Wirtschaftsministerium - sowie der EU-Zugehörigkeit ist es gelungen, die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich wesentlich zu steigern (Rekord : Jänner - Oktober 1996, öS 29,2 Mrd. - Netto-Hereininvestitionen) .

Namhafte Unternehmen wie Opel, BMW, Siemens mit einer z.T. nahezu 100%igen Exportquote haben enorme Beträge in ihre österreichischen Niederlassungen investiert.

Natürlich unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten auch den Maßnahmenkatalog der Exportoffensive 1996 - 2000 mit den Schwerpunkten: Vertriebs- und Marketingoffensive, Technologieoffensive, weitere Verbesserung der Finanzierungsbedingungen im Export oder steuerliche Maßnahmen, die der Erschließung neuer Märkte und der Hebung der Exportkraft dienen. Weiters sollen auch künftig die in Österreich hergestellten Qualitätsprodukte verstärkt beworben werden und den Menschen den

Zusammenhang zwischen dem Kauf heimischer Produkte und ihrem Arbeitsplatz bzw. dem Außenhandelsdefizit verdeutlicht werden.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Exportförderungsmaßnahmen im engen Sinn fallen in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Finanzen. Dieses hat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten ein neues, den Interessen der österreichischen Exportwirtschaft besser entsprechendes, Entgelt-System der ÖKB erarbeitet, das seit 1.7.1996 in Kraft ist. Seither finden in regelmäßigen Abständen Kontakte zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten statt, die der Erarbeitung von weiteren Verbesserungsvorschlägen zur Exportförderung dienen.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

Prinzipiell steht das Instrumentarium der Exportförderung allen Exportunternehmen zur Verfügung. Im Ausfuhrförderungsgesetz 1981 wird jedoch der Einbindung von Produkten mit höherer Wertschöpfung in die Exportförderung mit folgender Formulierung Rechnung getragen: "Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, namens des Bundes Haftungen für die ordnungsgemäße Erfüllung von Rechtsgeschäften durch ausländische Vertragspartner sowie für den aufrechten Bestand der Rechte von Exportunternehmen zu übernehmen, die direkt oder indirekt der Verbesserung der Leistungsbilanz dienen " .

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Die Entwicklung des Kreditausnutzungsstandes der Österreichischen Exportfonds GmbH ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

Anzahl Betrag in öS Mio.

1989	2.101	6.412
1990	2.208	6.912
1991	2.244	7.235
1992	2.243	7.293
1993	2.136	7.126
1994	2.172	7.236
1995	2.163	7.110
1996	2.193	7.593

Die Entwicklung der Kreditausnutzung der Österreichischen Exportfonds-GmbH verlief seit 1989 weitgehend konstant. Ein leichter Rückgang war lediglich 1993 zu beobachten. Er läßt sich einerseits durch den teilweise weniger attraktiven Zinssatz (Barvorlagen der Banken zu günstigerem Zinssatz), andererseits durch einen Abgang der Unternehmen in andere Verfahren (bei Umsätzen über öS 100 Mio.) erklären.

Bei Betrachtung der aktuellen Zahlen sind sowohl bei der Anzahl der Kreditnehmer als auch - in noch stärkerem Ausmaß - bei der Entwicklung des Kreditausnutzungsstandes dennoch Steigerungen festzustellen. So konnte im Vorjahr mit einem Kreditausnutzungsstand von öS 7,6 Mrd. ein neuer Höchststand erzielt werden.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

Am 27.2.1997 trat unter meinem Vorsitz der Außenwirtschaftspolitische Beirat zusammen und befaßte sich mit der Erstellung eines Maßnahmenkatalogs zum Thema 'Exportoffensive', der neben mittel- und langfristigen Maßnahmen, wie Technologieoffensive mit Förderung zweckorientierter Forschung und Lenkung der Arbeitskosten vor allem kurzfristige Maßnahmen aufzeigt. Die Maßnahmen sind in 6 Gruppen gegliedert und reichen von der Technologiepolitik, steuerlichen Maßnahmen und exportfinanzierungsfördernden

Maßnahmen bis zu Bildung und Mitarbeiterqualifizierung. Dabei wurden auch die von der Industriellenvereinigung gemachten Vorschläge intensiv diskutiert. Dieser Maßnahmenkatalog soll in einer (von einer Beratungsfirma und einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern von Ministerien und Interessenvertretungen) ergänzten und überarbeiteten Form sowie einem Umsetzungszeitplan dem Bundes- und Vizekanzler am 7.5.1997 vorgelegt werden.

Antwort zu Punkt 6 der Anfrage:

Der österreichische Asienexport zeigt im Jahre 1996 eine sehr uneinheitliche Entwicklung, wenn auch insgesamt eine Steigerung um 7 % auf öS 71 Mrd. registriert werden konnte. Besonders erfolgreich waren die österreichischen Bemühungen im Verhältnis zu Japan und Thailand, wo beträchtliche Exportsteigerungen realisiert werden konnten. Aufgrund einer gewissen Projektabhängigkeit, konjunkturell bedingter Probleme sowie anderer externer Faktoren mußten jedoch auch in einer Reihe asiatischer Partnerländer, wie z.B. China, Hongkong, Singapur, Indonesien und Malaysia, rückläufige Ausfuhren verzeichnet werden.

Ziel der österreichischen Außenwirtschaftspolitik ist es, mittelfristig eine zumindest ausgeglichene Handelsbilanz mit seinen asiatischen Handelspartnern zu erreichen. Neben notwendigen strukturellen Verbesserungen zielt auch meine intensivierte Besuchsdiplomatie in Begleitung österreichischer Wirtschaftsunternehmen darauf ab, bei der Knüpfung und dem Ausbau von Geschäftskontakten Unterstützung zu leisten. So fanden z. B. erst im Jänner 1997 Besuche in der VR China und in Japan statt, bei welchen zahlreiche Kontakte angebahnt werden konnten. So konnte wertvolle Vorarbeit für eine Stärkung der österreichischen Präsenz in diesen Ländern geleistet werden.

Ferner seien in diesem Zusammenhang die Treffen im Rahmen der mit einer Reihe von asiatischen Ländern vorgesehenen Gemischten Wirtschaftskommissionen erwähnt, welche gleichfalls eine wertvolle Einrichtung zur Ausräumung von Handelshemmnissen und Verbesserung der österreichischen Marktchancen darstellen.

Einen wichtigen Beitrag im Rahmen der Bemühungen zur Ankurbelung der österreichischen Exporte leistet auch das im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten eingerichtete Asienbüro, welches 25 Staaten und Stadtstaaten betreut. Diese im Jahr 1992 eingerichtete Servicestelle für die österreichische Exportwirtschaft hat das Ziel, die Ausweitung der österreichischen Wirtschaftsbeziehungen mit den dynamischen Hoffnungsmärkten in Asien weiter voranzutreiben und wird von den österreichischen Unternehmen in zunehmendem Maße in Anspruch genommen. Derzeit ist ein weiterer (3.) "Bericht über die Herausforderung in den Ländern Asiens" in Ausarbeitung, welcher für die österreichischen Firmen eine wertvolle Orientierungsunterlage darstellt.

Besondere Anstrengungen werden seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten auch dahingehend gesetzt, die durch den österreichischen EU-Beitritt ausgelösten Synergieeffekte, welche sich aus der institutionalisierten Zusammenarbeit der EU mit Asien ergeben, bestmöglich zu nützen. In diesem Zusammenhang wird versucht, die österreichischen Unternehmen zu einer möglichst aktiven Teilnahme an der "neuen Asienstrategie" der Europäischen Union zu motivieren.

Antwort zu Punkt 7 der Anfrage:

Das Wirtschaftsministerium betrachtet eine Forcierung der österreichischen Technologiepolitik als wichtige Maßnahme zur Verbesserung des Zahlungsbilanzdefizites. Österreich weist derzeit mit einem Anteil von ca. 1,5 % am BIP bei den F&E-Ausgaben einen im

gesamteuropäischen Vergleich unterdurchschnittlichen Wert auf, auch die österreichische Produktstruktur ist im internationalen Wettbewerb von zum Teil großen Schwächen geprägt. Wie aus der Exportstatistik ersichtlich, sind die unit values im Vergleich zu den Importen im Export wesentlich geringer, auch im Vergleich zu den Mitbewerbern in Europa.

Da ein Hochlohnland wie Österreich im sich verschärfenden Wettbewerb nur bestehen kann, wenn es auf Produkte und Dienstleistung setzt, die nicht oder nicht zu stark unter Substitutionsdruck der Mitwerber mit niedrigen Lohnstrukturen stehen, muß es vor allem auf hohe Qualität und hohen technologischen Standard setzen.

Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in Innovation stellen die überlebensfähigen Exporte von morgen dar.

Die Bundesregierung wird daher in den nächsten Jahren die F&E-Ausgaben deutlich ausbauen und Maßnahmen setzen, die auch eine entsprechende Anhebung der F&E-Ausgaben in Unternehmen bewirken.

Für diesen Zweck werden in den Jahren 1997 bis 1999 jeweils öS 1 Mrd. zusätzlich an Mitteln für die Technologieförderung zur Verfügung gestellt („Technologiemilliarde“), einen wesentlichen Anteil dabei stellen technologiepolitische Maßnahmen dar, die eine Stärkung der Exportleistung der heimischen Wirtschaft bewirken .

Das Wirtschaftsministerium plant, den Einsatz der 1. Technologiemilliarde 1997 einerseits zur Stärkung der bestehenden Förderungsinstrumente, andererseits zur Initiierung von schwerpunktmäßigen Technologiesonderprogrammen einzusetzen. Eine wesentliche Verbesserung von strategisch wichtigen Bereichen des österreichischen Innovationssystems, eine Verstärkung von Vorhaben mit ausgeprägter Hebelwirkung, maßgebliche Impulse für die außeruniversitäre wirtschaftsorientierte Forschung, zusätzliche Incentives für Multiplikatoren im Transferbereich sowie eine Steigerung der Gründungsrate von Hightech Unternehmen werden verfolgt.

Der Zulieferbereich ist gekennzeichnet durch einen besonderen Grad an Exportorientierung. Sowohl international als auch national sind in letzter Zeit erhebliche Rationalisierungsmaßnahmen erfolgt. Um diesen Bereich in Zukunft erhalten und ausbauen zu können, wird die Forcierung von Clustern insbesondere im Bereich der Kfz-Zulieferindustrie als wesentliche Maßnahme angesehen. Die Aktivitäten auf diesem Gebiet erfolgen mit der Projektbezeichnung "Automobilzulieferland Österreich" und sind im wesentlichen auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Systemzulieferanten und Zulieferanten der 2. und 3. Ebene ausgelegt.

Antwort zu Punkt -8 der Anfrage:

Bei einem Vergleich der Arbeitskosten sollte man auch einen Vergleich der Arbeitsproduktivität, also der realen Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, anstellen.

Nach einer EUROSTAT-Berechnung lag 1994 die österreichische Arbeitsproduktivität mit einer realen Bruttowertschöpfung von jährlich öS 614.250,-- pro Beschäftigten über dem EU-Durchschnitt von öS 559.650,--.

Zweifellos würde eine Abmilderung der Lohnkosten die Wettbewerbssituation der heimischen Industrie steigern.

Zur Erreichung dieses Zieles sollten künftig folgende Punkte diskutiert werden:

- weiterhin mäßige Lohnabschlüsse
- Flexibilisierung der Arbeitszeit auf Firmenebene, dadurch könnten saisonale Auftragsschwankungen abgefangen werden (positive Beispiele : HEAD (Schiindustrie) , Philips , BMW Steyr) .
- Abgeltung der Überstunden in Freizeit
- Befristete Senkung der Lohnkosten bei Unternehmen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten .

Antwort zu Punkt 9 der Anfrage:

Erst die 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion wird die Idee des Binnenmarktes vollenden. Ohne gemeinsame Währung bestünde weiterhin die Möglichkeit von Wechselkursschwankungen zwischen den EU-Ländern, was den Binnenmarkt mit erheblichen Ineffizienzen belasten würde. Primär wichtig ist daher, daß die Währungsunion ohne Zeitverzug in Kraft tritt. Aus österreichischer Sicht ist eine Teilnahme unseres zweitgrößten Handelspartners von Anfang an wünschenswert. Sollte dies nicht der Fall sein können, ist dies aber insofern nicht besorgniserregend, als Italien im Dezember des Vorjahres dem EWS beigetreten ist und sich die italienische Lira seit damals in einer festgelegten Bandbreite bewegen muß. Dies wird jedenfalls für eine gewisse Stabilität der Währung sorgen .

Antwort zu Punkt 10 der Anfrage:

Aufgrund der durch den EU-Beitritt notwendigen Umstellung der Außenhandelsstatistik sind Aussagen über die Entwicklung des Export-Import-Saldos mit den Ländern der Gemeinschaft seit dem EU-Beitritt nur eingeschränkt möglich.

Ein Handelsbilanzvergleich von 1994 und 1995 nach ÖSTAT-Daten zeigt allerdings, daß Österreich mit den meisten Ländern der Gemeinschaft einen verbesserten Export-Import-Saldo aufweist (für 1996 liegen die ÖSTAT-Daten noch nicht vor, weshalb derzeit keine abschließende Beurteilung möglich ist) .

Beispielsweise hat die Umstellung auf das Intrastat-System in Verbindung mit der anderen Erhebungstechnik bewirkt, daß Importe, die früher als aus nicht EU-Ländern stammend klassifiziert wurden, nunmehr den Einfuhren aus dem Gemeinschaftsraum zugerechnet werden.

Generell ist festzuhalten, daß die unbestreitbaren Vorteile der wirtschaftlichen Integration Europas nicht anhand kurzfristiger Entwicklungen der Außenhandelsalden betrachtet werden können. Ausschlaggebend sind vielmehr die strukturellen Effekte der Integration in den Binnenmarkt, die mittelfristig zu erheblichen Wohlfahrtssteigerungen führen werden.

Antwort zu Punkt 11 der Anfrage:

Durch eine „Binnenmarktoffensive“ soll eine weitere Verbesserung des Export-Import-Saldos erreicht werden. Die durch den Binnenmarkt geschaffenen Marktzutrittsmöglichkeiten insbesondere auf weiter entfernten Märkten innerhalb der EU sollen durch diese Initiative den österreichischen Firmen besser erschlossen werden.

Antwort zu Punkt 12 der Anfrage:

Zunächst ist festzuhalten, daß Österreich gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) nach wie vor einen Handelsbilanzüberschuß aufweist. Von einer dramatischen Verschlechterung der Exporte kann daher nicht gesprochen werden. Es ist aber richtig, daß Österreich auf diesen Märkten Marktanteile verloren hat.

Die Entwicklung der Handelsbilanz zeigt sich wie folgt:

Betrugen die österreichischen Importe aus Osteuropa 1994 noch öS 53,17 Mrd., so stiegen sie 1995 um 12,1 % auf öS 59,63 Mrd.

Die Entwicklung der Exporte verzeichnete von 1994 mit öS 69,72 Mrd. 1995 einen Zuwachs von 19,4 % auf öS 83,26 Mrd. Da für 1996 noch keine Extrastatistiken vorliegen, muß auf Schätzungen zurückgegriffen werden, die importseitig einen Zuwachs von 8 % und exportseitig einen Zuwachs von 1 % vorsehen.

Die Ursache für die gegenwärtige Situation liegt zum einen in den gestiegenen Einfuhren aus Osteuropa aufgrund des asymmetrischen Zollabbaues der Europaabkommen der EU mit den osteuropäischen

Reformstaaten, zum anderen in der verstärkten Konkurrenz durch die MOEL-Staaten in deren Heimmärkten.

Als weiterer Grund ist die Tatsache anzuführen, daß Österreich optimal auf die Ostöffnung reagiert und auch am meisten davon profitiert hat. In der Zwischenzeit konnten die übrigen EU-Mitgliedstaaten den österreichischen Vorsprung verringern.

Antwort zu Punkt 13 der Anfrage:

Ich bin laufend bemüht, in direkten Gesprächen mit meinen Amtskollegen in den mittel- und osteuropäischen Ländern alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um allfällige bestehende Handelshemmnisse (wie z . B . Zertifizierungspflicht etc) zu beseitigen und damit die ohnehin guten Rahmenbedingungen für den Osthandel noch weiter zu verbessern. Außerdem wird durch das Auslaufen der asymmetrischen Zollbestimmungen der Europaabkommen der Marktzugang für österreichische Unternehmen weiter erleichtert. Eine substantielle Steigerung des österreichischen Marktanteiles muß aber letztendlich den Privatinitiativen der österreichischen Wirtschaft überlassen bleiben. Überdies wurde von mir eine Studie in Auftrag gegeben, die Lösungsmöglichkeiten aufzeigen soll.

Antwort zu Punkt 14 der Anfrage:

Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur sind sicherlich ein wesentlicher Bestandteil zur Erleichterung der Handelsbeziehungen insbesondere in den osteuropäischen Raum. In den vorliegenden mittelfristigen Bedarfsprogrammen für den Straßenbau sind eine Reihe diesbezüglicher Projekte enthalten (Umfahrungsprojekte im Zuge der B 7 Brünner Bundesstraße, Zubringer Kittsee, etc.) . Die Realisierung dieser Maßnahmen ist jedoch abhängig von den derzeit nicht gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten und daher nur über einen längeren Zeitraum möglich.

Antwort zu Punkt 15 der Anfrage:

Eingebettet in den vollen europäischen Wettbewerb und in die globale Konkurrenz der Standortfaktoren, leidet die österreichische Industrie zunehmend unter Kostendruck, seien es die überwiegend durch die Wechselkursentwicklung überdurchschnittlich angestiegenen Lohnstückkosten, die Bürokratiekosten oder die Energie- und Telekommunikationskosten .

Trotz der Dringlichkeit von Maßnahmen zur Kostenentlastung des Unternehmenssektors, wird Österreichs Industrie nie mit den kostengünstigen Standorten Mittel- und Osteuropas oder Ostasiens mithalten können. Die Antwort muß daher in einem Produktangebot liegen, das aufgrund seiner Qualität oder frühzeitiger Positionierung im marktrelevanten Lebenszyklus auch höhere Lohnkosten verträgt. Dadurch gewinnt vor allem die F&T-Politik als strategisches Feld der Zukunftssicherung für die Industrie zentrale Bedeutung .